PRESSEMITTEILUNG · 25. SEPTEMBER 2026 · BI BÜTZFLETH

Der Antrag für das größte Holzkraftwerk Deutschlands offenbart die falschen Versprechen der Hansekraft

Pressemitteilung der Bürgerinitiative für eine umweltfreundliche Industrie in Bützfleth (BIB) vom 25.9.2026

Nach zwei Jahren voller Versprechungen und Werbung verstehen auch einige Politiker und immer mehr Stadträte langsam was Hansekraft mit Deutschlands größtem und schädlichstem Holzkraftwerk in Stade tatsächlich will.

Die Bürgerinitiative in Bützfleth (BIB) und einige NGOs haben in zahlreichen Veröffentlichungen auf die falschen Versprechen der Hansekraft hingewiesen. Mehrfach wurde auch auf die politische Verantwortung des Stader Rats für die fehlende Bauleitplanung für das Industriegebiet Bützfleth hingewiesen. Dennoch wurde den falschen Versprechen der Hansekraft geglaubt und einem Investor mit nichts weiter als Profitmaximierung im Sinn der rote Teppich ausgerollt. Macht allein die Aussicht auf Gewerbesteuern einige Stadträte fast aller Parteien zu bedingungslosen Befürwortern der Großindustrie?

Zuerst brachen die Versprechen für günstige Energie und Fernwärme in sich zusammen und enttäuschte viele Bürger, die sich Sorgen um zukünftige Heizkosten machten, dann verhedderten sich die Geschäftsführer von Hansekraft in widersprüchlichen Aussagen zum Brenngut und den Anteilen der verschiedenen Altholzklassen (anfangs nur ein kleiner Teil wird A4 sein, später plötzlich bis zu 50%). Erst wollte man selbst Altholz schreddern, dann alles per Schiff in geschredderter Form anliefern lassen und aus dem Mix aller Klassen die Altholzklasse A1 und A2 aussortieren und der eigentlich gesetzlich vorgeschriebenen Wiederverwertung zuführen. Das ist scheinbar wieder vom Tisch, da viel zu unwirtschaftlich. Ebenso wurde erst von offener Lagerung und später von kompletter Einhausung der Holzlager gesprochen, nach wie vor soll es keine Abwasserbehandlung oder Oberflächenwasserauffangvorrichtung geben.

„Unsere Experten werden sich die Transportketten und Stoffströme genau ansehen“, so Dr. Jan Witt von der BIB, „und alles, was versprochen und vorher in Aussicht gestellt wurde mit den aktuellen Antragsinhalten vergleichen.“

Der Altholzmarkt in Deutschland gibt die benötigten Mengen gar nicht her, wie auch der Verband der Spanplattenhersteller (VHI) feststellt. Dabei ist es ganz entscheidend, was in welchen Mengen in die Öfen kommt für das, was nachher aus dem Schornstein qualmt und sich auf umliegende Felder, Obsthöfe und Dörfer verteilt. So rund 18.000 kg Feinstaub sind es pro Jahr, wenn unbelastetes Holz verbrannt wird und die Technik optimal funktioniert, bei Pannen, Störfällen und häufigeren Unterbrechungen wird ein Vielfaches ausgestoßen. Bei imprägnierten Hölzern und teergetränkten Bahnschwellen oder Telegrafenmasten kommen hochgiftige Schwermetalle, Furane und Dioxine dazu, PCBs und PAKs sind krebserregend und erbgutverändernd. Wo bleibt der gesundheitliche Schutz der Anwohner, fragt die BIB. Auch die fehlenden Abstände zur Wohnbebauung bei den Störfallbetrieben der höchsten Klasse sind ihr ein Dorn im Auge.

Am weitesten gehen die grünen Versprechen und die Realität der Genehmigung bei der CO2 Abscheidung auseinander. Die Energieexperten von Biofuelwatch und Robinwood haben bereits früh aufgezeigt, dass das Hansekraft weder technisch noch wirtschaftlich leisten kann. Denn es gibt weltweit bisher keine Biomasseverbrennung mit großmaßstäblicher CO2 Abscheidung!

Trotzdem hat Hansekraft sogar mit Negativemissionen für den gesamten Industriepark Werbung gemacht; da sie CO2 in großem Maßstab auffangen und aus dem Kreislauf entnehmen wollten.

Jetzt kommt raus, nur knapp 2,5% (20.000t/a) von den 850.000t CO2, die pro Jahr durch das Holzkraftwerk freigesetzt werden, kann Hansekraft maximal zurückhalten und einlagern oder verkaufen. Eine große Nebelkerze also um sich einen grünen Anstrich zu verpassen und das Bild eines Investors mit ökologischen, innovativen Absichten zu geben. Die Aussagen der Geschäftsführer noch im Februar 2025, wie z.B.: die Bützflether werden von dem Kraftwerk nichts hören, nichts riechen und gar nichts bemerken, kommt den Bürgern nun wie eine Verhöhnung vor. Die Hoffnung bleibt, dass die GAA dem Theater bald einen Schlusspunkt setzt und dem Unternehmen eine Genehmigung verwehrt.

Eventuell muss wegen der abweichenden Planung auch das gemeindliche Einvernehmen im November neu erteilt werden. Wir hoffen, dass bis dahin noch mehr Ratsmitglieder aufgewacht sind und die neu gewählten Räte nicht ebenso unkritisch den in Aussicht gestellten Steuereinnahmen hinterherlaufen und einfach und deutlich: **Nein- zum Holzkraftwerk!** sagen.

Dr. Jan Witt

BI Bützfleth